



## Newsletter EU-Finanzreformen Nr. 6 deutsche Kurzfassung

### **1. Regulierung und Aufsicht von Märkten für (Agrar-)Rohstoffderivate werden reformiert**

Der EU-Gesetzgebungsprozess für Teile der Derivatemärkte geht in die letzte Phase. Mit ihren riskanten und spekulativen Eigenschaften haben bilateral („over the counter, OTC“) und nicht transparent gehandelte Derivate entscheidend zur Finanzkrise beigetragen. Dazu gehört auch der Handel mit (Agrar-)Rohstoffderivaten, der zu Spekulation, Volatilität und Höchstständen bei Lebensmittelpreisen beiträgt. Die neue EU-Gesetzgebung zielt darauf ab, den Derivatehandel transparenter zu machen – und damit auch seine Rolle bei der Spekulation aufzuklären. Außerdem soll der Derivatehandel sicherer werden. Dazu wird ein Absicherungssystem („clearing“) gegen Zahlungsausfälle geschaffen. Beide Mitentscheidungsbefugten – die EU-Finanzminister und das Europäische Parlament (EP) - müssen sich noch abstimmen und über den endgültigen Rechtstext entscheiden. Die politische Entscheidung der EU-Finanzminister wird voraussichtlich bei deren Treffen am 17. Mai 2011 gefällt. Die erste Abstimmung im EP wird am 24. Mai 2011 im Wirtschafts- und Währungsausschuss (ECON) stattfinden. Vertreter\_innender Zivilgesellschaft hatten bereits einigen Einfluss auf den Entwurfstext des EP. Weitere Vertreter\_innen und Einzelpersonen können über das Aktionstool auf [www.makefinancework.org](http://www.makefinancework.org) ab der zweiten Maiwoche mitmachen um zu verhindern, dass die vielen Schwächen und Schlupflöcher Spekulation mit Nahrungsmittelpreisen weiterhin erlauben. (für mehr Details: siehe Newsletter)

### **2. G20 und andere Foren diskutieren über Derivateregulierung, Volatilität der Rohstoffpreise und Nahrungsmittelspekulation**

Die steigenden (Agrar-)Rohstoffpreise haben in vielen internationalen Organisationen zu Diskussionen und Forschung geführt. Viele dieser Organisationen tragen auch zu den G20-Treffen und -Arbeitsgruppen bei. Bei ihrem Treffen am 14./15. April haben die G20-Finanzminister ihren Willen erklärt, Maßnahmen zur Eingrenzung der Spekulation auf Agrarrohstoffmärkten zu ergründen. Allerdings können konkrete Entscheidungen erst im späteren Verlaufe dieses Jahres erwartet werden. Mehrere zivilgesellschaftliche Gruppen beobachten die G20 Diskussionen und planen Aktionen.

### **3. Europäischer Stabilitätsmechanismus – Lösung der Eurokrise?**

Die Krise der Eurozone hält weiter an und bedroht das Projekt der Europäischen Integration. Unter dem Druck der Griechenlandkrise hat die Eurozone im Frühjahr 2010 hastig die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (European Financial Stability Facility, (EFSF) gegründet. Wegen der Finanznot weiterer Länder, u.a. Portugal und Spanien, wird jetzt aber nach dauerhaften Lösungen gesucht. Die europäischen Regierungen wollen rechtlich bindende Maßnahmen zur Verhinderung von hohen Haushaltsdefiziten einführen. Ein dauerhafter Finanztopf zur Unterstützung von Regierungen in Finanznot (Europäischer Stabilisierungsmechanismus, ESM) wurde eingerichtet. Außerdem haben die Mitgliedstaaten der Eurozone beschlossen, ihre Sozial- Wirtschafts- und Steuerpolitik künftig enger zu koordinieren. Da diese Einigungen aber die entscheidende Rolle der Finanzspekulation und des deutschen Exportmodells mit seinen hohen Überschüssen nicht berücksichtigen, werden sie lediglich zu Lohnkürzungen, höherem Renteneintrittsalter und Kürzungen der Staatsausgaben führen. Kritik und Proteste nehmen deshalb zu.

### **4. Geringe Fortschritte beim Apriltreffen der G20-Finanzminister**

Auf ihrem Treffen am 14. und 15. April 2011 haben die G20 Finanzminister nur wenig Fortschritte gemacht, um die weltweiten Ungleichgewichte zu kontrollieren, die zwischen Überschuss- und Defizitländern bei Handel, Währungsreserven und Staatshaushalt entstehen. Auch zu anderen wichtigen ungelösten Fragen gab es keine Einigung, wie z.B. beim Umgang mit wegen ihrer Größe systemgefährdenden („too big to fail“) Finanzkonglomeraten. Die Entscheidungen der G20 bilden einen wichtigen Kontext, in dem sich die EU-Finanzreformen abspielen.

### **5. Neue EU-Initiative zur Bekämpfung von Steuerflucht und von illegalen Kapitalflüssen aus Entwicklungsländern**

Auf EU-Ebene werden Maßnahmen diskutiert, um gegen Steuervermeidung in Entwicklungsländern sowie gegen mit Steuerflucht verbundenen illegalen Finanzströmen aus diesen Ländern in den Norden vorzugehen. Das Europäische Parlament war ehrgeiziger als die Kommission und verabschiedete im März 2011 zwei progressive Beschlüsse zu diesem Thema. Am weitesten ausgereift auf allen EU-Ebenen sind die Vorschläge über eine nach Ländern gegliederte Rechnungslegung (country-by-country reporting). Hierbei müssen multinationale Unternehmen offenlegen, welche Steuern sie in jedem einzelnen Land bezahlen, in dem sie tätig sind.

### **6. Terminkalender**

Wichtige Termine und Veranstaltungen sowohl von Regierungen als auch von der Zivilgesellschaft werden (wenngleich nicht vollständig) am Ende des Newsletters aufgezählt, um die Beobachtung und Lobbyarbeit zu erleichtern. Siehe <http://somo.nl/dossiers-en/sectors/financial/eu-financial-reforms/newsletter-finance/april-2011/renderTextHTML#calendar-of-official-events>).